

--Gesprochen woord geldt--

»Die niederländische Euro-Initiative«

Rede des niederländischen Ministers für europäische Angelegenheiten und internationale Zusammenarbeit, Ben Knapen, am 26. September 2011 in Berlin

Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Anfang 2009 beschrieb Ulrich Beck die in der EU vorherrschende Stimmung als »reziproken Nationalismus pragmatischer Alltagseuropäer«.

Was meinte der berühmte deutsche Soziologe damit?

Jeder Staat hat die Pflicht, seine Finanzprobleme zu regeln. Zugleich muss jede Nation die Souveränität der anderen europäischen Nationen anerkennen, so dass alle Nationen negative Konsequenzen ihrer wirtschaftspolitischen Entscheidungen für andere vermeiden.

Das klingt gut. Aber es kommt ein stillschweigend akzeptiertes Prinzip hinzu: Der Ausbau der wirtschaftspolitischen Kompetenz der EU wird strikt verweigert. ⁱ

»Dieses Modell des reziproken Nationalismus mag für Gutwetterzeiten genügen«, schrieb Beck, »in Krisenzeiten muss es scheitern«. Damit ließ Beck Weitsicht erkennen, denn das Modell hat sich in der aktuellen Krise in der Tat als unhaltbar erwiesen.

Natürlich kommt den Maßnahmen, mit denen die akute Krise in der Eurozone bewältigt werden soll, große Bedeutung zu. Mindestens genauso wichtig ist aber, das Übel nun bei der Wurzel zu packen. Es gibt bereits klare Vereinbarungen zur Haushaltsdisziplin, was jetzt noch fehlt, ist eine strenge Überwachung der Einhaltung dieser Vereinbarungen.

In der jüngsten Vergangenheit sind bereits einige strukturelle Maßnahmen ergriffen worden. Denken Sie etwa an den Euro-Plus-Pakt, die Verschärfung des Stabilitäts- und Wachstumspakts oder die Bekämpfung makroökonomischer Ungleichgewichte.

Diese Maßnahmen reichen jedoch nicht aus.

Anders ausgedrückt: Es wird Zeit, dass wir uns von dem »reziproken Nationalismus« verabschieden, der die Europäische Union in den vergangenen Jahren dominiert hat.

Meine Damen und Herren,

erlauben Sie mir einen kurzen Rückblick in die Vergangenheit. Als einige große Euroländer – darunter auch Deutschland – 2003 und 2004 die Kriterien des Stabilitäts- und Wachstumspakts nicht erfüllten, wurden die vorab vereinbarten Sanktionen nicht verhängt. Es gibt sogar Länder, die die Haushaltsregeln seit ihrem Beitritt zur Währungsunion jedes Jahr verletzt haben.

Infolgedessen glauben die Finanzmärkte nicht mehr daran, dass sich Haushaltsdisziplin erzwingen lässt. Wenn die Eurozone eine Zukunft haben soll, brauchen wir einen radikalen Bruch mit der hartnäckigen Gewohnheit, es mit den Stabilitätsvereinbarungen nicht so genau zu nehmen. Aus diesem Grund legt die niederländische Regierung sechs wichtige Vorschläge vor, die sich auf die Vorschläge von Bundeskanzlerin Merkel und Präsident Sarkozy stützen.

Zunächst einmal bedarf es verlässlicher Zahlen. Es müssen unabhängige nationale Institutionen für Statistiken und Schätzungen eingeführt werden. Der Ecofin-Rat sollte jedes Quartal ein Monitoring der Maßnahmen durchführen, die Mitgliedstaaten mit einem Defizit von über 3 Prozent oder einer Staatsverschuldung von über 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts treffen. Die Kommission und die Euro-Gruppe prüfen vorab, ob die nationalen Rechtsvorschriften aller Euroländer ausreichende Garantien für die Einhaltung der Haushaltsregeln des Stabilitäts- und Wachstumspakts bieten.

Zweitens sollte ein unabhängiges europäisches Haushaltsorgan geschaffen werden, das die Einhaltung der EU-Haushaltsregeln überwacht. Wenn Mitgliedstaaten ihre Staatsfinanzen ausufern lassen, geht ihre Ermessensbefugnis in Bezug auf Empfehlungen und Sanktionen schrittweise auf einen speziell zu diesem Zweck zu benennenden Kommissar über. Hier kann eine Parallele zu der Rolle gezogen werden, die der Kommissar für Wettbewerb als unabhängiges Aufsichtsorgan für den Binnenmarkt spielt. So wird in jedem Fall die Kontrolle

durch das Europäische Parlament gewährleistet. Und das ist wichtig – jetzt, da deutsche und niederländische Bürger den demokratischen Gehalt Europas öffentlich anzweifeln.

Drittens: Der unabhängige Kommissar ergreift Interventionsmaßnahmen, mit denen Mitgliedstaaten unter Haushaltsaufsicht gestellt werden können. Diese Maßnahmen gehen über die derzeit vorliegenden Vorschläge hinaus.

° Zunächst kann der Kommissar notorische Haushaltssünder dazu verpflichten, die Schätzungen der Kommission zugrunde zu legen, und ihnen einen verbindlichen Fahrplan zur Reduzierung des Haushaltsdefizits auferlegen.

° Sollten diese Maßnahmen keine Verbesserungen nach sich ziehen, wird ein Mitgliedstaat im nächsten Schritt aufgrund einer Standard-Ausgleichsregel gezwungen, Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung zu ergreifen – zum Beispiel durch Erhöhung der Steuereinnahmen oder Senkung der Staatsausgaben. In dieser Phase können Sanktionen in Form von höheren Beiträgen zum EU-Haushalt und einer Kürzung der Zahlungen aus den Kohäsions- und Strukturfonds verhängt werden.

° Im letzten Schritt kann ein Mitgliedstaat unter Ex-ante-Aufsicht des damit beauftragten Kommissars gestellt werden, der einen Haushaltsentwurf genehmigen muss, bevor dieser dem nationalen Parlament vorgelegt wird. Als Sanktion muss eine Aussetzung des Stimmrechts des unter Haushaltsaufsicht gestellten Mitgliedstaats möglich sein. Mitgliedstaaten, die dies nicht akzeptieren wollen, haben die Möglichkeit, aus der Eurozone auszutreten.

Voraussetzung für den Verbleib in der Währungsunion ist die uneingeschränkte Einhaltung der Vereinbarungen. Man muss nun einmal ohne Wenn und Aber auch die Konsequenzen akzeptieren, die die Mitgliedschaft in der Eurozone mit sich bringt.

Viertens muss eine Verschärfung der Sanktionen im makroökonomischen Ungleichgewichtsverfahren möglich werden, und zwar in Form einer Kürzung der Zahlungen aus den Kohäsions- und Strukturfonds. Außerdem kann ein größerer Anreiz zur Reduzierung makroökonomischer Ungleichgewichte geschaffen werden, indem die Leistungen der Mitgliedstaaten in diesem Verfahren bei der Formulierung der mittelfristigen Ziele des Stabilitäts- und Wachstumspakts miteinfließen.

Fünftens sollte als Voraussetzung für Finanzhilfen aus dem Euro-Hilfsfonds für künftige Programmländer gelten, dass Schuldentilgungen und Zinszahlungen Priorität vor allen anderen Ausgaben erhalten. Die neuen Instrumente – vorbeugende Kreditlinie, Möglichkeit zur Rekapitalisierung der Banken, Ankauf von Anleihen auf dem Sekundärmarkt – dürfen den Mitgliedstaaten nur unter der Bedingung zur Verfügung gestellt werden, dass sie ihre Politik adäquat und hinreichend anpassen. Die Rekapitalisierung der Banken ist nur unter der Bedingung einer umfassenden internen Prüfung und unter verschärfter Aufsicht der europäischen Bankenaufsichtsbehörde möglich. Eine letzte Möglichkeit besteht darin, die Finanzierung des Euro-Hilfsfonds in Form der direkten Einzahlungen an die Einhaltung der Haushaltsvereinbarungen aus dem Stabilitäts- und Wachstumspakt zu knüpfen.

Schließlich kommt auch der Stärkung der europäischen Finanzaufsicht, die in allen Mitgliedstaaten die gleiche Qualität aufweisen muss, enorme Bedeutung zu. Zusätzlich zu einer harmonisierten Aufsicht durch die EU muss ein europäischer Krisenbewältigungs- und Problemlösungsrahmen geschaffen werden. Ein solcher Rahmen – einschließlich eines europäischen Einlagensicherungssystems – ist erst dann möglich, wenn alle Mitgliedstaaten ihre Banken auf gleichmäßig hohem Niveau kapitalisiert haben. Außerdem müssen die Kosten dieses Rahmenwerks – etwa einer eventuellen Rekapitalisierung oder, im schlimmsten Falle, der Abwicklung eines Finanzinstituts – weitestmöglich von privaten Akteuren getragen werden, damit Probleme der Banken nicht länger eine Bedrohung für die Staatsfinanzen darstellen.

Die niederländische Regierung ist sich völlig darüber im Klaren, dass es mit solchen Forderungen allein nicht getan ist. Lassen Sie es mich deshalb noch einmal sagen: Bei diesen sechs Punkten handelt es sich um Vorschläge, die wir gerne mit anderen Mitgliedstaaten diskutieren möchten, inner- wie auch außerhalb der Eurozone, mit dem Präsidenten des Europäischen Rats, mit der Europäischen Kommission. Schließlich haben nur Maßnahmen, die breit unterstützt werden, Aussicht auf Erfolg.

Ich möchte aber auch hinzufügen, dass die übliche Gepflogenheit Brüssels, es mit Kompromissen jedem Recht machen zu wollen und sich hinter konstruktiver Mehrdeutigkeit zu verstecken, hier nicht reichen wird. Der Euro braucht schnellstens Klarheit.

Meine Damen und Herren!

Den Worten des Philosophen und Politikers Edmund Burke zufolge ist es mit Nationen wie mit Menschen: »Nothing is so strong a tie of amity between nation and nation as correspondence of laws, customs, manners and habits of life.«

Deutschland und die Niederlande haben vieles gemeinsam. Eine Vorliebe für wirtschaftliche und finanzielle Stabilität zum Beispiel. In einer Eurozone, in der die sozialen, kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Unterschiede groß sind, möchte die niederländische Regierung denn auch eng mit Deutschland zusammenarbeiten, um die Zukunft des Euros zu sichern.

Auch wenn ich nicht in allen Punkten mit Ulrich Beck übereinstimme, denke ich genau wie er, dass isolierte Nationalstaaten in der Weltrisikogesellschaft weder handlungsfähig noch überlebensfähig sind.ⁱⁱ Unsere beiden Länder brauchen Europa, und sie brauchen den Euro.

Aber es muss ein starkes Europa sein und ein starker Euro. Eine politische Union ist dafür nicht nötig und auch nicht wünschenswert. Denn eine politische Union bietet keine Lösung für die Probleme der Eurozone. Sie führt nicht automatisch zu einer besseren Haushaltspolitik oder zu mehr Rückhalt bei den Bürgern. Nein, die niederländische Regierung spricht sich dafür aus, die Einhaltung bestehender Vereinbarungen effektiver zu erzwingen.

Viele unserer Vorschläge könnten ohne Vertragsänderung umgesetzt werden. Bei einigen Vorschlägen wäre allerdings eine Vertragsänderung erforderlich, und die Aussicht auf eine solche Anpassung soll und darf nicht lähmend wirken. In der heutigen Situation kann das politisch schnell durchgesetzt und so eine neue Realität geschaffen werden.

Wer sich hier hinter der üblichen Brüsseler Gewohnheit und Trägheit versteckt, unterschätzt den Ernst der Lage. Und, um Missverständnissen vorzubeugen, möchte ich ganz klar sagen: Ohne einen solchen Umbruch wird der Rückhalt in unserer Bevölkerung für weitere Rettungsmaßnahmen rasch nachlassen. Was wir schnellstens brauchen, ist ein Euro, auf den wir alle stolz sein können, eine Eurozone, in der wir uns wohlfühlen und der Außenstehende

gern angehören möchten. Hierüber möchte ich mich gern mit Ihnen im Rahmen des kleinen Empfangs unterhalten, zu dem ich Sie jetzt herzlich einlade.

Und denjenigen unter Ihnen, die einen Empfang in diesen schwierigen Eurozeiten für unangebracht halten, möchte ich entgegen: Wer schaffen will, muss fröhlich sein.

Ich danke Ihnen.

ⁱ Ulrich Beck, »Mein Gott, was für eine Chance!«, *Die Zeit*, 19. März 2009.

ⁱⁱ Idem.